



BMF

**BUNDESMINISTERIUM
FÜR FINANZEN**

Budget 2012

Budgetrede Finanzministerin Dr. Maria Fekter
19. Oktober 2011

**Stabile Finanzen
für eine sichere Zukunft**

Finanzministerin Dr. Maria Fekter

BUDGETREDE

Stabile Finanzen für eine sichere Zukunft

19.Oktober 2011

Es gilt das gesprochene Wort.

Stabile Finanzen für eine sichere Zukunft!

Hohes Haus!

Die Pleite der Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 hat die Weltwirtschaft über Nacht radikal verändert.

Die Krise des US-amerikanischen Hypothekarkreditmarktes und ihre innovativ in alle Welt exportierten Risiken haben das sprichwörtlich grenzenlose Wachstum und die Stabilität aus dem Gleichgewicht gebracht. Massive Irritationen an den internationalen Börsen und Finanzmärkten haben eine weltweite Rezession ausgelöst.

Damit ist vor allem Vertrauen verloren gegangen.

Bis dahin war billiges Geld für alle da – für Staaten, für Banken, für Unternehmen und für Private. Plötzlich ist jedoch das Kapital auf den Märkten völlig versiegt.

Durch ein entschlossenes Vorgehen auf globaler, europäischer und nationaler Ebene hat es die internationale Staatengemeinschaft damals geschafft, Vertrauen und Stabilität an den Finanzmärkten wieder herzustellen. So ist es gelungen, Sicherheit für die Ersparnisse der Bürger und für unseren Wohlstand zu gewährleisten.

In Österreich ist durch den einstimmigen Beschluss im Parlament ein Bündel an Maßnahmen beschlossen worden – insgesamt 100 Milliarden Euro (!) an Kapital und Haftungen sind für die Sicherheit der Spareinlagen zur Verfügung gestellt worden, mehr als 3 Milliarden für Konjunkturpakete und mehr als 3 Milliarden für eine Steuerentlastung für die Österreicherinnen und Österreicher.

Diese Maßnahmen waren absolut richtig.

Sie haben all ihre Ziele erreicht:

- Die Sicherung von Arbeitsplätzen und damit von Kaufkraft
- Die Sicherung des Standorts und Verhinderung größerer Unternehmensinsolvenzen
- Die Sicherung von Spareinlagen und Stabilität am Finanzmarkt
- Die Sicherung von neuem Wachstum nach der Bankenkrise

Es ist wohl ein großes Verdienst der Politik gewesen, dass durch richtige Maßnahmen der Schaden durch die Krise in unserem Land möglichst gering gehalten wurde.

Diese Maßnahmen haben jedoch viel Geld gekostet.

Das Budgetdefizit Österreichs ist im Vergleich von 2008 auf 2010 von rund 2,6 Mrd € auf rund 13,2 Mrd € angestiegen. Die Staatsschulden haben durch die kumulierten Defizite der Jahre 2008, 2009 und 2010 um mehr als 25 Milliarden zugenommen.

Österreich hat diese Herausforderungen durch eine umsichtige Budgetpolitik gut verkraften können, andere Staaten nicht.

Mitten im neuen Wachstum der Jahre 2010 und 2011 hat die Schuldenkrise einzelner Staaten diese Stabilität abermals ins Wanken gebracht, denn nachdem die Finanzmarktkrise scheinbar überwunden war, sind die strukturellen Schwächen einzelner Staaten offenkundig geworden.

So wie die Finanzwirtschaft eineinhalb Jahre zuvor am Rande des Zusammenbruchs gestanden ist, hat vor allem Griechenland erleben müssen, dass durch überbordende Defizite und Schulden kein Staat mehr zu machen ist.

Die Ausgaben sind davongaloppiert, die Einnahmen sind aufgrund einer wenig konkurrenzfähigen Wirtschaft und einer ineffizienten Verwaltung ausgeblieben.

Staatsschulden von mehr als 150% (!) der jährlichen Wirtschaftsleistung zeigen einen dramatischen Handlungsbedarf. Damit sind abermals das Vertrauen und die Fähigkeit zur Refinanzierung an den Märkten verloren gegangen.

Die Euro-Mitgliedsstaaten haben im Mai 2010 reagiert und einen Rettungsschirm aufgespannt – diesmal nicht für die Banken, sondern für einen Staat.

Mit einem Volumen von effektiven 440 Milliarden Euro für die Europäische Stabilitätsfazilität und der geplanten Errichtung eines dauerhaften Europäischen Stabilitätsmechanismus sollte das, was in der Finanz- und Bankenkrise funktioniert hat, auch bei der Schuldenkrise eines öffentlichen Haushalts funktionieren.

Neben Griechenland haben aber inzwischen auch Portugal und Irland europäische Hilfsmaßnahmen in Anspruch nehmen müssen.

Österreich hat bislang rund 1,4 Milliarden € an bilateralen Krediten für Griechenland aufgewendet und Haftungen im Wege der Europäischen Stabilitätsfazilität in Höhe von bis zu knapp 22 Milliarden bereitgestellt. Von diesen ist bisher nur ein kleiner Teil in Anspruch genommen worden, und derzeit diskutieren wir auf EU-Minister Ebene diese Infrastruktur effizienter und flexibler aufzustellen.

Österreich hat all diese Herausforderungen durch eine umsichtige Budgetpolitik und eine gesunde wirtschaftliche Basis gemeistert.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir werden in den kommenden Wochen und Monaten aufgrund der Schuldenkrise in vielen europäischen Ländern mit einschneidenden Maßnahmen konfrontiert werden.

Diese Maßnahmen werden linke wie rechte Populisten auf den Plan rufen.

- Es werden die Reichen und die Banken schuld sein.
- Es wird Europa schuld sein.

Mir persönlich genügt es aber nicht, einfach nur gegen etwas zu sein. Ich werde stattdessen für etwas kämpfen, dem ich mich persönlich verpflichtet fühle:

- Der Sicherung unserer Währung und der Ersparnisse der Menschen in unserem Land.
- Der Sicherung des Wohlstands und des erfolgreichen Modells Österreich.
- Abbau des Defizits und trotzdem das Wachstum im Auge halten.

Dafür braucht es stabile Finanzen für eine sichere Zukunft.

Lassen Sie mich auf unsere Wirtschaftslage und unseren Arbeitsmarkt eingehen:

Die österreichische Wirtschaft hat sich von der Rezession des Jahres 2009 gut erholt. Vor allem im ersten Halbjahr 2011 haben wir wieder ein sehr robustes Wachstum erlebt.

Aktuell kühlt das Konjunkturklima aber deutlich ab. Die Wirtschaftsforscher erwarten, dass es im 3. Quartal 2011 ein Wachstum von nur 0,1% bis 0,2% (!) geben wird. Für die kommenden Monate rechnen wir nicht mit einer Erholung.

Insgesamt wird das Wirtschaftswachstum 2011 voraussichtlich 2,9% betragen.

Für das nächste Jahr sind die Wirtschaftsforscher leider pessimistisch. Sie haben ihre Vorhersagen für das Wachstum stark nach unten revidiert. Trotzdem werden wir den Kurs halten und den eingeschlagenen Konsolidierungspfad nicht verlassen.

Das Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO geht für 2012 lediglich von einem Wachstum von 0,8% aus, das Institut für Höhere Studien IHS nur von 1,3%.

Einerseits liegt das daran, dass die Exporte zurückgehen. Grund dafür ist, dass die globale Nachfrage nachlässt, vor allem in den USA und in Europa. Andererseits bleiben auch die Investitionen hinter den Erwartungen zurück.

Die steigende Unsicherheit in Bezug auf das wirtschaftliche Umfeld spielt hier eine wichtige Rolle. Die Menschen vertrauen immer weniger darauf, dass die Wirtschaft auch weiterhin gut laufen wird. Das zeigen mehrere Indikatoren. So werden derzeit vor allem Ersatz-, aber keine Neuinvestitionen getätigt.

Erfreulich ist nach wie vor die Lage auf dem Arbeitsmarkt: Per Ende September 2011 waren insgesamt 3,481.478 Menschen in Beschäftigung (inkl. KarenzgeldbezieherInnen und Präsenzdienst) - dies ist ein Allzeithoch! Noch nie waren in Österreich im September so viele Menschen in Beschäftigung wie heuer!

Ein Dank in diesem Zusammenhang an die Unternehmen in Österreich und ein Dank auch an die lösungsorientierten Sozialpartner, die für dieses Arbeitsumfeld sorgen.

Die Arbeitslosenquote liegt in Österreich derzeit (laut Eurostat) bei 3,7%, gefolgt von den Niederlanden (4,4%) und Luxemburg (4,9%). Wir haben damit die niedrigste Arbeitslosigkeit in ganz Europa! Im Euroraum liegt die Arbeitslosenquote durchschnittlich bei 10,0%, in den EU-27 bei 9,5%.

Besonders stolz können wir auf die geringe Jugendarbeitslosigkeit sein. Die Jugend ist unsere Zukunft und auf sie müssen wir immer besonderes Augenmerk legen. Österreich liegt hier mit einer Quote von 7,9% erfreulicherweise im europäischen Spitzenfeld. Der EU-Durchschnitt liegt hier bei über 20%. Für 2012 erwartet das WIFO im Jahresdurchschnitt eine Arbeitslosenquote von 4,4% (laut Eurostat).

Die stabile Beschäftigungssituation spiegelt sich auch in einer robusten Konsumnachfrage wider! 2011 werden die Konsumausgaben der privaten Haushalte real um 0,9% steigen, 2012 voraussichtlich um 0,8%. Dies entspricht den in der Hochkonjunktur 2007 und 2008 erzielten Raten!

Auch wenn derzeit die Inflationsraten hoch sind, wird das in ein paar Monaten schon anders sein. Die schwächere Konjunktur, eventuell auch sinkende Rohölpreise werden die

Teuerung dämpfen. Nach voraussichtlich 3,1% im Jahresdurchschnitt 2011 prognostiziert das WIFO für 2012 eine niedrige Inflationsrate von nur mehr 2,1%.

Neben den Daten in Österreich wird es insgesamt in den nächsten Monaten vor allem darauf ankommen, dass wir umfassende und glaubwürdige Lösungen für die europaweite Schuldenkrise und die Stabilisierung der Finanzmärkte finden.

Denn nur in einem sicheren Umfeld können sich Wirtschaft und Arbeitsmarkt positiv entwickeln.

Meine wirtschaftspolitischen Prioritäten dafür sind klar:

- Wir brauchen einen wettbewerbsfähigen und lebenswerten Wirtschafts-, Wachstums- und Arbeitsstandort Österreich!
- Wir müssen die Zukunft aktiv gestalten und den Wohlstand vermehren.

Ein erfolgreicher, wettbewerbsfähiger und lebenswerter Wirtschafts- und Arbeitsstandort stützt sich daher auf vier Säulen:

- Auf einen leistungsfähigen Staat, der zukunftsorientiert wirtschaftet, sich auf seine Kernaufgaben konzentriert und diese kompetent und effizient wahrnimmt.
- Auf eine wettbewerbsfähige Wirtschaft, die im internationalen Umfeld erfolgreich ist und Beschäftigung und Wohlstand generiert.
- Auf stabile Finanzen und einen funktionierenden Kapitalmarkt mit verlässlichen Rahmenbedingungen, damit eine hochwertige und effiziente Versorgung der gesamten Wirtschaft und der privaten Haushalte mit Finanzdienstleistungen sicher gestellt ist.
- Auf eine innovative und eigenverantwortliche Gesellschaft, die auf Leistungsbereitschaft, Eigeninitiative, Freiheit und Generationengerechtigkeit fußt.

Mit dem erwirtschafteten Geld und der Leistungsbereitschaft der Österreicherinnen und Österreicher können wir unseren Wohlstand und den Sozialstaat finanzieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus!

Damit all dies möglich ist, braucht es aber Stabilität und Verlässlichkeit. Das neue Haushaltsrecht hilft uns dabei entscheidend. Von Ihnen hier einstimmig beschlossen, verfolgt dieses neue Haushaltsrecht einen ganz praktischen Zweck: Es ist das Rückgrat der Budgetpolitik und dient als stabiler und verlässlicher Pfeiler - gerade in Zeiten wie diesen.

Der mittelfristige Bundesfinanzrahmen das Bundesfinanzrahmengesetz – ist ein zentraler Beitrag zum Sparen. Damit haben wir einen stabilen Rahmen für vier Jahre transparent für alle Ressorts, aber auch für den Kapitalmarkt – und insbesondere für alle Steuerzahler: Für alle ist auf einen Blick klar ersichtlich: Wie schaut unsere Ausgabenpolitik der kommenden Jahre aus? Wie viele Mittel stehen pro Ressort zur Verfügung? Wie entwickelt sich die finanzielle Situation des Staates?

Diese Ausgabendisziplin über den Bundesfinanzrahmen wirkt als erster Schritt zur Eindämmung unserer Defizite und wirkt als Schuldenbremse. Verstärkt durch eine verfassungsrechtliche Bestimmung – der Vorschlag von Vizekanzler und mir dazu ist bekannt – hätten wir dann eine echte, starke Pflicht zur Schuldenbremse, ohne das Wachstum aus den Augen zu verlieren.

Wir bauen unsere Defizite schneller ab als geplant, jedoch wollen wir keine Vollbremsung, denn das blockiert die Räder des Konjunkturmotors.

Um bei Konjunkturinbrüchen gegensteuern zu können – besonders mit Blick auf den Arbeitsmarkt , bestehen daher im Haushaltsrecht in bestimmten Bereichen variable Ausgabenobergrenzen. Das bedeutet, dass in schlechten Zeiten mehr, in guten Zeiten weniger ausgegeben werden kann. Damit unterstützt der Bundesfinanzrahmen die konjunkturelle Entwicklung und wirkt antizyklisch.

Eine wesentliche Erneuerung und Besonderheit des Haushaltsrechts stellt die Möglichkeit der Bildung von Rücklagen dar. Nicht ausgegebene Mittel der Ressorts fallen nicht zurück

an die Finanzministerin, sondern können im jeweiligen Ressort angespart und die Ausgaben können sorgsam und flexibel geplant werden. Diese neue Bestimmung hat zu großen Einsparungseffekten geführt.

So sind allein in den beiden Jahren 2009 und 2010 die Rücklagen in den Ressorts um rund eine Milliarde Euro gestiegen. Dies bedeutet für die Ministerinnen und Minister, dass diese Reserven den Ressorts in dem darauffolgenden Jahr zur Verfügung stehen oder noch weitere Reserven gebildet werden.

Die Reform des Haushaltsrechts ist jetzt in der ersten Phase der Umsetzung und bereits ein Erfolgsmodell. Die Umsetzung mit Schritt zwei erfolgt mit dem Budget 2013 und hat ein weiteres praktisches Ziel: Durch die Einführung der Wirkungsorientierung mit klar definierten Zielen wird in Zukunft noch einfacher und klarer dargestellt, warum und wofür Steuergeld ausgegeben wird.

Generell gilt als Ziel der Haushaltsrechtsreform, das Budget als umfassendes, integriertes Steuerungsinstrument sowohl für Ressourcen als auch für Wirkungen und Leistungen zu etablieren. Dieses Modell von Österreich dient inzwischen auch der EU als "Best Practice" Modell und soll in Zukunft auch von den anderen Mitgliedsstaaten angewandt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus!

Die Grundlage für die Zahlen, die ich Ihnen heute präsentiere, ist im April 2011 mit den Verhandlungen zum Bundesfinanzrahmen für die Jahre 2012 - 2015 gelegt worden.

Die Herausforderungen waren klar:

- durch eine solide und nachhaltige Budgetpolitik den Finanz- und Wirtschaftszustand Österreich dauerhaft abzusichern und
- die EU-Vorgabe zu erfüllen, wonach Österreich bis 2013 ein gesamtstaatliches Defizit von weniger als 3% des BIP erreichen muss.

Dies war und ist wichtig, um einerseits durch das Zurückführen der Verschuldung Handlungsspielräume für unsere Zukunft zu ermöglichen, andererseits um die bis dato gute Stellung Österreichs auf den Kapitalmärkten zu sichern und somit zukunftsfit zu bleiben. Der Erhalt des "Triple A" ist kein Selbstzweck, sondern die gute Bonität Österreichs verschafft uns niedrige Zinsen. Und das soll so bleiben. Ratingagenturen sind dabei die Schiedsrichter und wer die Spielregeln nicht einhält, bekommt die gelbe oder rote Karte. Ich möchte Stabilität für eine sichere Zukunft und deshalb werden wir uns an die Spielregeln halten, ohne unsere Identität aufzugeben.

Die Ausgangslage ist keine einfache: Die Schulden sind auch in Österreich bedrohlich angestiegen. Durch die gesetzlich beschlossenen Konjunkturpakete und die massiven Steuersenkungen waren Mehrausgaben verbunden und dadurch müssen wir bei der Bedienung unserer Staatsschulden mit höheren Zinszahlungen rechnen. Aus diesem Grund mussten wir bis 2015 rund 1,5 Milliarden € an zusätzlichen Zinszahlungen einplanen.

Darüber hinaus mussten wir die Schulden bestimmter ausgelagerter Bereiche – etwa der ÖBB und der Landeskrankenanstalten – nun dem Staatsbudget zurechnen. Für mich ein Grund mehr, die Defizite so rasch wie möglich weiter herunterzufahren.

Um diesen Entwicklungen gegenzusteuern, hat sich die Bundesregierung zu einem Konsolidierungspfad entschlossen, um die Dynamik auf der Ausgabenseite (insbesondere bei Zinsen) weitest möglich abzdämpfen. Die in Loipersdorf begonnenen Reformen sind fortgeführt worden.

Gleichzeitig war aber damals schon wichtig, dass trotz des Defizitabbaus klare Schwerpunkte im Finanzrahmen gesetzt werden. Also haben wir folgende Bereiche vom Sparen ausgenommen, weil wir die Zukunft aktiv gestalten wollen. Zukunft, das sind die

- Ausgaben für unsere Kinder. Es wird kein neues Sparpaket für Familien geben. Die Ausgaben für unsere Kinder sind die beste Investition in unser aller Zukunft.
- Kein Sparen bei den Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung und Wissenschaft, die weiterhin mit hoher Priorität versehen sind.

Mit dem Beschluss des Bundesfinanzrahmens im Frühjahr 2011 hier im Parlament bedeutet dies, in Fakten und Zahlen ausgedrückt:

Die Ausgaben der Republik steigen zwischen 2011 und 2015 im jährlichen Schnitt (1,8%) deutlich schwächer als das nominelle Bruttoinlandsprodukt (rd. 4%). Das unterstreicht die Budgetdisziplin des Bundes nachhaltig.

Eine verantwortungsvolle Politik, für die ich stehe, hat einerseits Wachstum und andererseits Sparsamkeit im Auge zu behalten. Beide Ziele stehen nicht im Widerspruch zueinander sondern sind Maßstab für ein gesundes Gleichgewicht.

In wirtschaftlich sensiblen Zeiten wäre es daher verfehlt, eine Vollbremsung hinzulegen, dadurch das schwache Pflänzchen der Konjunktur zu gefährden und den Wirtschaftsmotor abzdrehen. Wir müssen uns vor Augen halten: Wir sind der Krise noch nicht entwischt.

Das Defizit des Bundes reduziert sich Jahr für Jahr: von 2,9% des BIP 2011 auf 1,6% 2015. Im selben Zeitraum wird das gesamtstaatliche Defizit (also unter Einrechnung der Länder, Gemeinden, Sozialversicherungsträger und Kammern) von 3,6% auf 2% sinken.

Der steigende Trend der gesamtstaatlichen Schuldenquote wird bis 2015 gebrochen: Die Schuldenquote erreicht 2013 mit 75,5% ihren Höhepunkt und geht dann wieder bis 2015 auf 74,4% zurück.

Gleichzeitig mit dem Beschluss des Finanzrahmens waren die Verhandlungen zu einem neuen österreichischen Stabilitätspakt für Bund, Länder und Gemeinden abzuschließen. Denn die Sanierung der öffentlichen Finanzen ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Da müssen aus meiner Sicht alle in die Pflicht genommen werden, nicht nur der Bund.

Die Eckpunkte des neuen Stabilitätspaktes, der bis 2014 gelten soll, sehen so aus:

- Heuer ist vorgesehen, dass die Länder ein maximales Defizit von 0,75 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aufweisen, 2012 von 0,6 Prozent und in den Jahren 2013 und 2014 jeweils von 0,5 Prozent. Das sind deutliche Sparzwänge auch für die Bundesländer. Nur zur Erinnerung: 2010 lag das Defizit der Länder bei 1 Prozent. Ab sofort muss dieses Defizit laufend reduziert werden.
- Die Gemeinden haben sich verpflichtet, in jedem Jahr ausgeglichene Budgets zu haben.
- Der neue Stabilitätspakt besitzt zudem einen neu gestalteten und verschärften Sanktionsmechanismus.
- Durch die Einführung verbindlicher Haftungsobergrenzen für Bund, Länder und Gemeinden wird zusätzlich die Transparenz erhöht. Außerdem wird der Gefahr vorgebeugt, dass Länder zu hohe Haftungen eingehen, und damit die Stabilität der Staatsfinanzen gefährden. Als Bund gehen wir mit gutem Beispiel voran: Ich habe ein Bundeshaftungsobergrenzengesetz in Begutachtung geschickt, das die Grenzen für die möglichen Haftungen des Bundes regelt.

Sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus!

Das Budget ist die in Zahlen gegossene Politik. Vorrang hat dabei die Konsolidierung, das Vortreiben von Reformen und das Schaffen von Anreizen für Wachstum. Dabei darf neben der Sicherstellung der Leistungsfähigkeit des Staates, der Sicherung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes und der Sicherung der Finanzierung der sozialen Aufgaben nie der Mensch vergessen werden, denn die Politik hat für den Bürger zu arbeiten. Gleichzeitig bedeutet eine verantwortungsvolle Budgetpolitik aber vor allem, den Blick nach vorne, in die Zukunft, für zukünftige Herausforderungen zu richten und die dafür notwendigen finanziellen Handlungsspielräume zu erhalten.

So sehr wir als Politiker mit den Herausforderungen der aktuellen Legislaturperiode konfrontiert sind, muss eine Finanzministerin, heute mehr denn je, den Blick über den Tellerrand hinaus machen.

Es gilt, das große Schiff 'Gesamtstaat' fit und arbeitsfähig zu gestalten, auf Kurs zu halten und auch an die kommenden Generationen zu denken. Jede Maßnahme, die Steuergeld verschlingt, soll daher hinkünftig auf ihre Generationentauglichkeit geprüft werden.

Österreich ist solide und gut ausgestattet – es ist gerüstet für den rauhen Wind. Die Republik ist damit sicher auf Kurs, auch wenn die Zeiten auf hoher See härter werden sollten.

Dies deshalb, weil das Ihnen vorliegende Budget abgesichert ist durch

- den Konsolidierungspfad,
- die Eckwerte des Bundesfinanzrahmengesetzes,
- durch den innerösterreichischen Stabilitätspakt sowie
- durch die Fortführung der mit Loipersdorf eingeschlagenen Strukturreformen.

Der Rechnungsabschluss 2010 war besser als erwartet, und auch heuer werden wir die prognostizierten Daten übertreffen.

Schon heuer wird das gesamtstaatliche Maastricht-Defizit mit 3,6 % des BIP deutlich niedriger ausfallen als noch im Frühjahr 2011 erwartet wurde (damals gingen wir von 3,9 % des BIP aus). Ebenso entwickelt sich die gesamtstaatliche Verschuldungsquote besser als erwartet: Sie wird 2011 bei 72,4 % des BIP liegen; ursprünglich erwartet haben wir 73,6 % des BIP.

Im kommenden Jahr wird das gesamtstaatliche Defizit 2012 auf rund 3,2 % des BIP zurückgehen. Die gesamtstaatliche Verschuldungsquote wird 74,6 % des BIP betragen.

Der Ihnen vorliegende Bundesvoranschlagsentwurf für 2012 sieht im allgemeinen Haushalt Ausgaben in Höhe von rund 73,6 Mrd. €, Einnahmen in Höhe von rund 64,4 Mrd. € und damit ein administratives Defizit von rund 9,2 Mrd. € vor; dies entspricht 3,0 % des BIP. Das Maastricht-Defizit des Bundes liegt bei 2,6 %.

Der Bundesvoranschlag 2012 baut auf dem Sanierungspaket auf, welches im Herbst 2010 beschlossen wurde und seine volle Wirkung entfaltet. Gleichzeitig setzt das Budget 2012 die beschlossenen Offensivmaßnahmen, die Investitionen in unsere Zukunft, fort.

Der Weg, unsere Staatsfinanzen nachhaltig zu stabilisieren und trotzdem in die Zukunft zu investieren, wurde vor ziemlich genau einem Jahr in Loipersdorf eingeschlagen. Es war ein schmerzhaftes Paket, welches die Bundesregierung damals geschnürt hat, und es hat auch im Nachhinein heftige Kritik daran gegeben.

Aber bei aller Kritik dürfen wir eines dabei nicht vergessen: Wir haben mit diesen unverzichtbaren Maßnahmen eine Trendumkehr in der Staatsverschuldung eingeleitet und machen uns fit für zukünftige Schritte.

Ab 2013 wird die Staatsverschuldung erstmals seit 2007 wieder sinken!

Durch den Sparpfad von Loipersdorf haben wir auch Mittel für ein Offensivprogramm freimachen können - für mehr Zukunftsinvestitionen in der Höhe von 400 Millionen Euro pro Jahr:

100 Mio. Euro mehr für unsere Umwelt – durch die thermische Sanierung,

100 Mio. Euro mehr für Forschung – ein wichtiger Impuls für den Wirtschaftsstandort und zur Schaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen,

80 Mio. Euro mehr für Universitäten – in ‚alter‘ Währung: eine Uni-Milliarde, diese aber jährlich.

80 Mio Euro für den Ausbau der Ganztagesbetreuung im Schulbereich – auch als Entlastung für unsere Gemeinden und ein wesentlicher Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sowie

40 Mio. Euro für die Sicherung unseres Gesundheitswesens.

Was Einsparungen bei den großen Brocken wie zum Beispiel Frühpensionen betrifft, so sind der Bundesregierung in Loipersdorf zumindest erste Schritte gelungen.

Mit 1.1.2011 ist der Nachkauf von Schul- und Studienzeiten verteuert und der Nachkauf von Ausübungsersatzzeiten kostenpflichtig gemacht worden.

Ab dem Jahr 2014 wird das Antrittsalter für die Hacklerregelung angehoben – auf 62 Jahre für Männer und in einem ersten Schritt auf 57 Jahre für Frauen. Diese Neuordnung der Hacklerregelung wird die Gesamtkostenentwicklung für die Jahre 2014 bis 2018 nachhaltig abbremsen.

Aus meiner Sicht waren das erste Maßnahmen, um strukturelle Schieflagen zu beseitigen und die Dynamik der Pensionierungen vor dem gesetzlichen Pensionsalter zu dämpfen.

Dies ist jedoch bei weitem noch nicht genug, um die Pensionen zukünftiger Generationen zu sichern. Wir müssen noch deutlich mehr tun, um den Ansturm in die Frühpension einzudämmen. Mehr als die Hälfte aller Neuzugänge in die Pension sind entweder Früh- oder Invaliditätspensionen.

Dass das langfristig nicht leistbar ist, muss uns allen klar sein. 1970 sind die Menschen mit 62 in Pension gegangen, und haben im Schnitt 13 Jahre Pension bezogen.

Jetzt gehen die Menschen im Schnitt mit 59 Jahren in Pension – also um 3 (!) Jahre früher als 1970, obwohl sich die Lebenserwartung massiv verlängert hat. Der Pensionist von heute ist im Durchschnitt 22 Jahre in Pension. Die Vorschläge der Sozialpartner zur Eindämmung der Frühpensionierungen gehen in die richtige Richtung.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Mit dem Budget 2012 setzt die Bundesregierung nun ein klares Signal der budgetpolitischen Berechenbarkeit und der Verantwortung für die Zukunft unseres Landes.

Konsolidierung, Reformen und Wachstum haben dabei Priorität.

Mit dem Bundeshaushalt 2012 setzt die Bundesregierung diese budgetpolitische Strategie fort. Ziel ist es, bis 2015 das gesamtstaatliche Defizit schrittweise von 3,6 % im Jahr 2011 auf 2,0 % des BIP im Jahr 2015 zu senken.

Neben den Einsparungen, zu dem alle Ressorts und Ausgabenbereiche ihren Beitrag leisten, über gesetzlich festgelegte Ausgaben ebenso wie über Ermessensausgaben, Personalausgaben, Sachausgaben und Transferausgaben, kommen auch die Effizienzsteigerungen in der Verwaltung.

- Bei Verwaltung und Personal wird gespart – gleichzeitig werden Strukturreformen im Bereich der öffentlichen Verwaltung weiter verfolgt.
- Die Initiative „Verwaltungskosten senken für Bürger und Unternehmen“ wird vorangetrieben. Verwaltungsbelastungen für Bürger und Unternehmen werden weiter reduziert und Prozesse effizienter gestaltet.
- Mit der Errichtung des Bundesamtes für Asyl und Migration sollen Verfahren deutlich verkürzt, vereinfacht und die Aufgaben von derzeit 194 Behörden auf eine Verwaltungseinheit übertragen werden.
- Die Verwaltungsgerichtsbarkeit soll reorganisiert und gestrafft werden mit dem Ziel kürzerer Verfahrensdauer, Entlastung der Höchstgerichte und Verbesserung des Rechtsschutzes für Bürger und Wirtschaft. Noch diese Woche erwarte ich mir dazu Ergebnisse vom Bund-Länder-Gipfel.
- Die Rahmenbedingungen für eine verstärkte Kooperation zwischen den Gemeinden wurden bereits Mitte 2011 deutlich verbessert.

Ziel ist es, den 2.357 österreichischen Gemeinden gemeinde-, bezirks- und länderübergreifende Kooperationen in einem erheblich größeren Ausmaß als bisher zu ermöglichen. Das erst kürzlich beschlossene Gesetz soll den Gemeinden ermöglichen, sich verwaltungseffizient zu organisieren.

- Mit dem Pflegefondsgesetz kommt es zur Reform der Pflegegeldadministration: Bisher waren 303 auszahlende Stellen zuständig, künftig wird das Pflegegeld auf acht Bundesträger konzentriert. Zusätzlich wurde ein Pflegefonds geschaffen, der bis 2014 mit insgesamt 685 Millionen Euro dotiert ist. Diese Mittel werden auf Basis von gemeinsam fixierten, transparenten Kriterien ausbezahlt und dürfen ausschließlich für die Pflege verwendet werden.
- Step by step arbeitet diese Bundesregierung auch an der Optimierung der Verwaltung und wartet nicht auf den Big Bang, sondern setzt kontinuierlich um.
- Wir wollen die beste Qualität für die Ausbildung unserer Kinder und Enkel. Universitäten, Fachhochschulen und Privatuniversitäten sind künftig einer externen Qualitätssicherung unterworfen.
- Die Finanzierung und Organisation des Spitalsbereichs soll neu strukturiert werden. Die Reformgruppe arbeitet kontinuierlich und wird 2012 die ersten Ergebnisse präsentieren, um Finanzströme transparenter, effizienter und kostendämpfender zu gestalten.

Wir geben in Zukunft für den Familienbereich trotz Budgetkonsolidierung insgesamt nicht weniger, sondern mehr Geld aus. Dies unterstreicht, dass diese Bundesregierung auch in schwierigen Zeiten mit großem Verantwortungsbewusstsein vorgeht.

Sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus!

Für die Budgets der einzelnen Ressorts heißt das im Detail folgendes:

Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Gerade wenn die Budgetmittel knapp sind, ist es besonders wichtig, Prioritäten zu setzen und in die Zukunft zu investieren. In der Bundesregierung unbestrittene Prioritäten sind Forschung und Entwicklung.

Die öffentliche Hand in Österreich ist sich dessen bewusst und investiert so viel wie kein anderes Land in der OECD oder EU in Forschung und Entwicklung. Mit 1,13% des BIP (und daher einem Finanzierungsanteil von 41%) ist Österreich unangefochtener Spitzenreiter und lässt selbst Innovationsnationen wie Schweden oder Finnland hinter sich. Dieser Pfad wird auch für das Budget 2012 fortgesetzt.

Der Bund setzt für die Forschung zusätzliche Budgetmittel für Offensivmaßnahmen ein. 2012 stehen für die Förderung der angewandten Forschung 483 Mio. € zur Verfügung. Insgesamt wird bei den Budgetmitteln für Forschung und Entwicklung mit rd. 2.376 Mio. € ein neuer Rekordwert erreicht.

Forschung steht für die Zukunft! Die wollen wir gestalten und nicht bloß in der Verwaltung der Vergangenheit verharren.

Prioritäten und Schwerpunkte für 2012 sind die Umsetzung der Strategie der Bundesregierung für Forschung, Technologie und Innovation unter anderem durch die Förderung der Gründung von jungen technologieorientierten Unternehmen, die Optimierung und Bündelung von Forschungsförderungsprogrammen, die Vereinfachung von Governance-Strukturen sowie Maßnahmen im Rahmen des Themenmanagements.

Darüber hinaus wird die besondere Herausforderung zukünftig darin liegen, mit klugen und gezielten Maßnahmen den privaten Anteil an den Forschungsausgaben auf ein angemessenes Niveau anzuheben.

Die Ausgaben für Wissenschaft liegen 2012 um rd. 66 Mio. € über dem Wert des Vorjahres und erreichen rd. 3.847 Mio. €. Die 2010 beschlossenen Offensivmittel von jährlich 80 Mio. €

stehen auch 2012 zur Verfügung. Damit ist eine Schwerpunktsetzung, besonders in den Bereichen Universitäten und Fachhochschulen, möglich.

Mit einem deutlichen Budgetzuwachs kann das Spitzenforschungsinstitut „IST Austria“ rechnen. Gegenüber dem Bundesvoranschlag für das Jahr 2011 verzeichnet das „IST Austria“ ein Plus von 3,3 Mio. Euro, das sind über 10 %. Aus meiner Sicht ist das „IST Austria“ ein hervorragendes Beispiel dafür, wie Steuermittel besonders effizient eingesetzt werden können.

Effizient und gerecht ist auch die Einführung sozial gestaffelter und in der Höhe vertretbarer Studienbeiträge. Langfristig wird daran kein Weg vorbei führen. Hierzu braucht es Mut und eines durchdachten Konzepts – beides ist vorhanden.

Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur

Die Ausbildung unserer Kinder ist die beste Investition in die Zukunft unseres Landes. Für das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur werden im Budget 2012 Ausgaben von rd. 8.015 Mio. € veranschlagt, das sind um rd. 313 Mio. € mehr als im Budget 2011.

Die in den vergangenen Jahren begonnenen Schwerpunktsetzungen im Bereich Unterricht werden fortgesetzt:

- Die Maßnahme „Senkung der Klassenschülerzahl auf 25“ ist seit dem Schuljahr 2010/11 im Bereich der allgemein bildenden Pflichtschulen bereits voll ausgebaut, und wird auch im Budgetjahr 2012 mit rd. 235 Mio. € finanziert. Auch in der 9. Schulstufe und in den weiterführenden Schulen werden die notwendigen Ressourcen zur Verfügung gestellt, um einen modernen Unterricht in kleinen Klassen und Gruppen zu ermöglichen.
- Der schrittweise Ausbau der Neuen Mittelschule mit dem Ziel, bis zum Schuljahr 2015/16 alle Hauptschulen auf Neue Mittelschulen umzustellen, stellt einen weiteren wesentlichen Schwerpunkt im Bildungsbereich dar. Im Budget 2012 werden für die

Neuen Mittelschulen 52 Mio. € zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig wird das Projekt modulare Oberstufe in den Gymnasien weiter entwickelt.

- Für den Ausbau der Ganztagesbetreuung an Pflicht- und Bundesschulen werden auch im Budget 2012 wieder 80 Mio. € zur Verfügung gestellt, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern.

Die Zukunft unserer Kinder ist mir wichtig. Aber trotzdem muss ich als Finanzministerin einmahnen, dass auch im Unterrichtsressort sorgsam mit dem anvertrauten Mitteln umgegangen wird. Im OECD-Vergleich sehen wir: Unser System ist das fünft-teuerste (11.010 USD/Schüler), auch wegen der Altersstruktur der Lehrerinnen und Lehrer. Über 50 Prozent des Lehrkörpers gehen in den nächsten 10 Jahren in Pension, daher ist jetzt der richtige Zeitpunkt, ein modernes Dienstrecht umzusetzen. Wir müssen schauen, dass dieser maximale Input auch zu einem optimalen Output führt!

Bundesministerium für Inneres

Die Sicherheit unserer Bevölkerung hat höchste Priorität. Das Bundesministerium für Inneres hat im Jahr 2012 um rd. 120 Mio. € mehr zur Verfügung als 2011 und verfügt über ein Budget von rd. 2.474 Mio. €. Damit wird insbesondere für unsere Exekutive Vorsorge getroffen, die täglich für Sicherheit in unserem Land sorgt.

Durch Einsparungen im Verwaltungsbereich stehen ausreichend Mittel zur Verfügung, um die Sicherheitsaufgaben angepasst an die Erfordernisse moderner Verbrechensbekämpfung wahrzunehmen. In der Strategie INNEN.SICHER. wurde der Grundstein für ein Verwaltungsreformprojekt gelegt, das seinesgleichen sucht: Das Bundesamt für Asyl und Migration kann ein Vorzeigemodell der modernen Verwaltungsreform werden.

Meine Amtsnachfolgerin Johanna Mikl-Leitner setzt diesen Weg fort.

Eine besondere Schwerpunktsetzung findet zudem im Bereich der Integration statt, konkret werden Maßnahmen zur Sprachförderung gesetzt, wir setzen hier gezielt pro Jahr 5 Mio € ein.

Bundesministerium für Justiz

Das Budget des Bundesministeriums für Justiz steigt im kommenden Jahr um rd. 35 Mio. auf etwa 1.186 Mio. €. Im Jahr 2011 wurden die notwendigen Voraussetzungen für die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft geschaffen, welche am 1. September 2011 ihren Dienst aufgenommen hat und für die auch für 2012 die notwendigen Mittel vorgesehen sind. Angesichts aktueller Ereignisse ist dies ein wichtiger Schritt zu mehr Rechtssicherheit.

Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport

Im Budget 2012 sind für das Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport rd. 2.240 Mio. € vorgesehen, das sind um rd. 54 Mio. € mehr als 2011. Mit diesen Mitteln kann der laufende Dienstbetrieb ebenso finanziert werden wie die Auslandseinsätze des Bundesheeres. In diesem Zusammenhang ist eine österreichische Beteiligung an der neuen UNO-Mission im Libanon budgetär sichergestellt.

Der Bund fördert den Sport mit insgesamt rd. 138 Mio. €. Damit werden einerseits die großen Sportverbände, andererseits der Spitzensport und Großveranstaltungen wie etwa die Alpine Ski-WM 2013 in Schladming unterstützt.

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz

Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union liegt derzeit bei 9,5 %; in Österreich ist sie mit 3,7 % (lt. EUROSTAT September) nicht einmal halb so hoch. Österreich liegt damit an der Spitze der europäischen Länder was die Beschäftigung angeht.

Der Arbeitsmarkt zeigt sich trotz der Ostöffnung bei wachsender Beschäftigung und niedriger Arbeitslosigkeit weiter stabil. Da aber jeder Arbeitslose einer zu viel ist, wird auch

im Jahr 2012 für die aktive Arbeitsmarktpolitik wieder mehr als 1 Mrd. € zur Verfügung stehen.

Insgesamt sind im Budget für die Arbeitsmarktpolitik rund 6,2 Mrd. € vorgesehen.

Die österreichische Bundesregierung hat im aktuellen Regierungsprogramm die langfristige Sicherung der Pflege in Österreich zugesagt, und mit der Errichtung des Pflegefonds auch umgesetzt.

Hohes Haus!

Es muss uns allen ein Anliegen sein, soziale Sicherheit für unsere Pensionistinnen und Pensionisten zu gewährleisten. Für 2012 budgetieren wir insgesamt rund 19,1 Milliarden Euro für Pensionen!

Längerfristig ist der Pensionsbereich von einer besonderen Ausgabendynamik gekennzeichnet. Wir dürfen uns hier aber nicht in den Sack lügen: Wir alle haben eine längere Lebenserwartung - aber wir gehen im Schnitt zu früh in Pension. Diese Rechnung kann sich wie schon erwähnt nicht länger ausgehen.

Bis 2020 wird die Lebenserwartung um mehr als zwei Jahre ansteigen. Wenn das tatsächliche Pensionsantrittsalter inzwischen um nur ein Jahr steigen wird, dann weiß jeder, der einen gesunden Hausverstand hat, dass das langfristig nicht funktionieren kann. Wir brauchen neue mutigere Vorschläge, die die Pensionen im Interesse unserer Pensionisten und auch zukünftiger Generationen langfristig sichern.

Derzeit ist das credo „Rehabilitation vor Pension“. Das ist auch der richtige Ansatzpunkt, denn Invaliditätspensionen sind das größte Problem, das wir derzeit haben. Aber dieser Punkt reicht hier nicht. Es braucht jedenfalls entschiedene Reformen, um unser Pensionssystem auf Dauer finanzierbar zu halten.

Das gilt auch für die Mindestsicherung. Ja, ich stehe zu ihr, wir sind ein soziales Land, in Europa sind wir nach den Skandinavischen Nationen unter den Spitzenreitern. Aber ich möchte auch sichergehen, dass die Hilfe dort ankommt, wo sie gebraucht wird. Ich will Hilfe zur Selbsthilfe, auch die Betroffenen sind gefordert aktiv zu werden und eigenverantwortlich ihr Leben in die Hand zu nehmen, um aus der Mindestsicherung wieder ins Erwerbsleben zu gelangen.

In Österreich muss sich Leistung lohnen. Gemeinsames Ziel muss es sein, jene zu unterstützen, die etwas leisten oder leisten wollen, aber nicht können! Ich habe aber im Gegenzug kein Verständnis dafür, dass jene, die etwas leisten könnten aber nicht wollen, die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler belasten.

Bundesministerium für Gesundheit

Gerade im Gesundheitsbereich geht es darum, unser hohes Niveau an Leistungen für die Bevölkerung abzusichern und trotzdem die Ausgabendynamik zu bremsen. 2012 wird das Bundesministerium für Gesundheit, bei dem ja nur ein kleiner Teil der gesamten Ausgaben für unser Gesundheitssystem budgetiert ist, über rd. 946 Mio. € verfügen, das sind um rd. 78 Mio. € mehr als 2011.

Im Zusammenhang mit dem Konsolidierungskurs der Krankenversicherungsträger wird auch die Dotierung des Kassenstrukturfonds in Höhe von 40 Mio. € fortgeführt. Zusätzlich stellt der Bund mittels eines eigenen Gesetzes den Gebietskrankenkassen mit negativem Reinvermögen 2012 letztmalig 150 Mio. € zur Entschuldung zur Verfügung. Wir haben die Sozialversicherungen entschuldet.

Das ist eine Erfolgsgeschichte der Politik des Schuldenabbaus und der Kostendämpfung.

Wir brauchen auch in Zukunft hier einen Kostendämpfungspfad. Für das Spitalswesen stellt der Bund 2012 rd. 572 Mio. € bereit. Gemeinsam mit den Ländern brauchen wir weiter Reformen und einen Kostendämpfungspfad für das kommende Jahr.

Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend

Kommen wir zunächst zum Herzstück unserer Gesellschaft: Familie und Jugendliche. Hier sind 6,3 Mrd. € vorgesehen. Beim Kinderbetreuungsgeld wird die einkommensabhängige Variante sehr gut angenommen, insbesondere die Väterbeteiligung konnte auf 31% gesteigert werden. Dies ist ein sehr ermutigendes Zeichen: Kinderbetreuung wird zunehmend als Aufgabe beider Elternteile angesehen.

Das Familienministerium leistet vielfältige Unterstützung für unsere Kinder. Denken Sie nur an den Bildungs- und Ausbildungsbereich. Unsere Familien stehen ganz oben in der Prioritätenliste dieser Bundesregierung!

Der Familienlastenausgleichsfonds wird im Jahr 2012 noch knapp negativ abschneiden, sein Schuldenstand ist mit rd. 3,9 Milliarden € enorm hoch und muss in Zukunft Schritt für Schritt abgebaut werden.

Für das Ja zu Kindern sind gut ausgebaute Kinderbetreuungseinrichtungen besonders wichtig. Hiezu leistet der Bund einen finanziellen Beitrag. Ein entsprechender Zweckzuschuss ist mit 15 Mio. Euro budgetiert. Schon im Regierungsprogramm wurde eine Jugend- und Familienverträglichkeitsprüfung aller neuen Gesetze verankert. Unser Vorschlag ist derzeit in Begutachtung, ich rechne mit positiven Rückmeldungen, denn wer an morgen denkt, muss heute damit anfangen. Wir wollen wissen und sichtbar machen, welchen Rucksack wir unseren Familien und Kindern von morgen umhängen.

Wir unterstützen die heimische Wirtschaft und damit die Erhaltung unzähliger Arbeitsplätze durch gezielte Förderungsmaßnahmen. Die Schwerpunkte werden im Energiebereich gesetzt, insbesondere für thermische Sanierung und das Wärme- und Kälteleitungsausbaugesetz. Einen weiteren wichtigen Impuls stellt die Novelle zum Ökostromgesetz dar. Insgesamt beträgt die Dotierung rund 447 Mio. €.

Für unsere Wirtschaft ist aber nicht nur das Budget wichtig. Wir können unsere Wirtschaft auch durch die Senkung von Verwaltungskosten fördern, die durch Gesetze und Verordnungen vorgeschrieben werden.

Unter der Koordination des Finanzministeriums versuchen die einzelnen Ressorts, ihren Beitrag bei der Durchforstung aller Rechtsbestimmungen zu leisten. Ziel ist es, unsere Unternehmen bis 2012 um mehr als 1 Mrd. € von Bürokratiekosten zu entlasten, bis Mitte 2011 konnten bereits 119 Maßnahmen mit einem Entlastungsvolumen von knapp 600 Mio. € umgesetzt werden. Das Unternehmensserviceportal geht in diesen Wochen in einen erweiterten Pilotbetrieb und soll ab dem Frühjahr 2012 die Unternehmen bei der Erfüllung ihrer bürokratischen Pflichten unterstützen.

Die Erfahrungen, die wir bei der Entlastung der Unternehmen von unnötiger Bürokratie machen, wenden wir auch auf die Bürgerinnen und Bürger insgesamt an. Denn diese wenden im Jahr für die 100 wichtigsten Verwaltungsverfahren über 32 Mio. Stunden auf. Von den Ministerien wurden bereits 140 Maßnahmen formuliert, durch die die Bürgerinnen und Bürger entlasten werden. Darunter finden sich etwa ein zentrales Personenstandsregister, Vereinfachungen bei der Schülerfreifahrt, der Arbeitnehmerveranlagung und Vereinfachungen für Menschen mit besonderen Bedürfnissen.

Wir müssen kontinuierlich unsere Bürokratie durchforsten und die Modernisierung der Verwaltung auf allen Ebenen vorantreiben.

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist besonders wichtig. Dies kommt durch eine gegenüber 2011 deutlich höhere Dotierung des Umweltbudgets zum Ausdruck, das um rd. 142 Mio. € auf rd. 988 Mio. € gesteigert wurde. In diesem Zusammenhang kommt den Maßnahmen des Klimaschutzes besondere Bedeutung zu. Es sind aber auch insgesamt 100 Mio. € an Offensivmittel für die thermische Sanierung vorgesehen.

Österreich ist EU-weit ein Vorreiter einer umweltfreundlichen landwirtschaftlichen Produktionsweise. Unsere Bäuerinnen und Bauern sichern nicht nur unsere Ernährung sondern pflegen auch die Landschaft. 2012 ist für die - Land-, Forst- und Wasserwirtschaft ein Betrag von insgesamt 2.145 Mio. € vorgesehen. Alleine rd. 667 Mio. € davon sind agrarische Direktzahlungen aus EU-Mitteln.

Darüber hinaus wurde die Ländliche Entwicklung mit 539 Mio. € EU-Mitteln und mit entsprechenden Kofinanzierungsmitteln des Bundes von 266 Mio. € dotiert. Wir müssen hier jeden Euro aus Brüssel holen.

Nachdem der modernen Ausbildung unserer bäuerlichen Jugend besondere Bedeutung zukommt, werden die Ausgaben für das land- und forstwirtschaftliche Schulwesen deutlich angehoben.

Unsere Landwirte leisten einen unverzichtbaren Beitrag für unseren Wohlstand, für unseren Wirtschaftsstandort und für die regionale Nahversorgung. Ich erteile daher all jenen eine Absage, die die Verdienste der Bäuerinnen und Bauern schlecht reden bzw. Neid schüren. Besonders wichtig ist auch der Schutz der Bevölkerung vor Naturgefahren. Dafür stehen im Landwirtschaftsbudget 2012 Mittel in Höhe von rd. 154 Mio. € bereit.

Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie

Für Verkehr, Innovation und Technologie steht im Budget 2012 ein Betrag von rd. 2.971 Mio. € zur Verfügung. Durch die Bundeszuschüsse an die ÖBB-Infrastruktur AG wird neben der Abdeckung von Infrastrukturinvestitionen der Vergangenheit gleichzeitig ein Investitionsvolumen iHv 2,1 Mrd. € für aktuelle Schienenbauprojekte ermöglicht. Weiters wird die Qualität von über 5.000 km bestehendem Schienennetz durch Instandhaltung gesichert und ein sicherer Betrieb gewährleistet.

Die vom Bund bestellten Gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Bahn sind ein wichtiger Beitrag zur Erreichung der für Österreich geltenden CO₂-Einsparungsziele durch entsprechende Anreize zur Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene.

So wichtig die Zukunftsinvestitionen in die Infrastruktur auch sind, so sehr ist die ÖBB in ihrem operativen Betrieb und Personalmanagement gefordert, eine Kostenexplosion zu verhindern.

Bundesministerium für europäische und äußere Angelegenheiten

Im Bereich der Außenpolitik erleben wir im Moment in vielen Gegenden unserer Welt unruhige Verhältnisse. Umso wichtiger ist eine wirksame Vertretung der österreichischen Interessen und Hilfestellung für Österreicherinnen und Österreicher, die sich in anderen Staaten aufhalten. Dies wird durch das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten mit seinen Vertretungsbehörden im Ausland sichergestellt.

Dem Ressort stehen 2012 insgesamt rd. 423 Mio. € zur Verfügung.

Mit unseren Beiträgen an internationale Organisationen, etwa die Vereinten Nationen, den Europarat und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa tragen wir zu einer besseren Kooperation auf unserem Kontinent und in der Welt bei. Dafür sind im Budget rund 93 Mio. € vorgesehen. Die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit zeigt, dass wir die ärmsten Regionen dieser Welt auch dann unterstützen, wenn wir selber sparen müssen. Gerade die Hungersnot in Afrika erfordert unser Handeln. Daher stellen wir aktuell 7 Millionen Soforthilfe zur Verfügung.

Hohes Haus !

Bundeskanzleramt

Das Bundeskanzleramt ist im Bundesvoranschlag mit 344 Mio. € dotiert. Für Investitionsförderungen im Zusammenhang mit Forschung, Innovation, Umweltschutz und Risikoprävention stehen rd. 95 Mio. € aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung zur Verfügung. Damit werden Beiträge zu einem hohen Grad an Wettbewerbsfähigkeit, zum Beschäftigungsniveau, zum Umweltschutz und zur Gleichstellung von Männern und Frauen geleistet.

Bundesministerium für Frauen und den öffentlichen Dienst

Zur Förderung und Unterstützung von Frauenangelegenheiten stehen für das Jahr 2012 rd. 10 Mio. € zur Verfügung. Damit werden etwa die Interventionsstellen gegen Gewalt, die Gewaltschutzzentren und die frauen-spezifischen Beratungseinrichtungen finanziell unterstützt.

Die Genderziele sind in allen Ressorts zu verwirklichen. Als Teil der Haushaltsrechtsreform ist "Gender-Budgeting" notwendig. Das bedeutet, dass die Projekte und Arbeit in den Ressorts nicht diskriminierend oder versteckt frauenfeindlich sind.

Bundesministerium für Finanzen

Abschließend nun zu meinem eigenen Ressort. Im Bereich des Abgabewesens gewährleistet eine risikoorientierte Prüfungs- und Kontrolltätigkeit die Gleichmäßigkeit der Abgabenerhebung und trägt damit wesentlich zu einer hohen Abgabemoral bei. Die Besteuerung erfolgt effizient, fair und gerecht. Der Ausbau der Finanzpolizei ist ein entschlossener Hebel gegen Steuerbetrug. Wir schützen damit, nicht zuletzt, redliches Unternehmertum vor jenen, die glauben, sich nicht an Gesetze halten zu müssen.

Das BMF ist auch zuständig für modernste IT-Verfahren, wodurch Effizienzsteigerungen in der Verwaltung ebenso erreicht werden wie die Unterstützung von Unternehmen sowie

Bürgerinnen und Bürgern. Die Vertretung der österreichischen Interessen im Bereich internationaler Finanzbeziehungen, am Kapitalmarkt sowie die konsequente Wahrnehmung budgetärer Disziplin sind ebenso Ecksteine der Aktivitäten meines Hauses.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hohes Haus!

Zur Hauptaufgabe der Finanzverwaltung gehört auch die Einhebung von Steuern und werfen wir somit einen Blick auf die Einnahmenseite im kommenden Budget.

Das österreichische Steuer- und Abgabensystem zeichnet sich im internationalen Vergleich vor allem durch zwei Eigenschaften aus.

Erstens verfügt Österreich im Vergleich zu den EU-27 über eine sehr hohe Steuer- und Abgabenquote, welche vor allem auf die höheren Sozialversicherungsbeiträge (etwa Anteil von 1/3 an den gesamten Steuereinnahmen) zurückzuführen ist. Zweitens, im Hinblick auf die Struktur, liegt Österreich mit seinen Steuern und Abgaben auf den Faktor Arbeit nach Schweden an der EU-Spitze.

Die Abgabenquoten (= Anteil der Gesamtsteuer- und Abgabeneinnahmen in Prozent des BIP) sind im Lauf der letzten Jahrzehnte EU- bzw. OECD-weit beträchtlich gestiegen.

Bei den wichtigsten Steuern auf Konsum (Mehrwertsteuer und Verbrauchsabgaben) liegt Österreich im EU-15-Vergleich im Mittelfeld.

Das gesamte Steuer- und Abgabenaufkommen 2010 beträgt inkl. SV-Beiträge 120,2 Mrd. Euro! Davon fließen 59,1 Mrd. Euro, somit ca. die Hälfte, ins Bundesbudget.

Die Besteuerung des Faktors Arbeit (in % des Gesamtsteueraufkommens) ist nach Schweden die zweithöchste von allen EU-Staaten und lag 2009 bei 56,7%. Im Vergleich dazu beträgt der gewichtete Durchschnitt der EU-27 52,1%.

Österreich hat mit 50% einen sehr hohen nominellen Grenzsteuersatz auf Einkommen von natürlichen Personen. Im Vergleich dazu liegt der gewichtete Durchschnitt der EU-27 im Jahr 2010 bei 38%.

Das österreichische Steueraufkommen wird zum überwiegenden Teil aus lohnabhängigen Abgaben und aus der Umsatzsteuer gespeist, wohingegen etwa Umweltsteuern eine sinkende Tendenz aufweisen.

In Österreich beträgt das Aufkommen der lohnabhängigen Steuern 50,8% gemessen am gesamten Steueraufkommen 2009. Der gewichtete Schnitt der EU-27 beträgt 47,6%. In Österreich beträgt das Aufkommen der Umsatzsteuer 18,9% gemessen am gesamten Steueraufkommen 2009. Der gewichtete Schnitt der EU-27 beträgt 17,3%.

Auf die Bezieher mittlerer Einkommen entfällt ein Großteil der Steuerbelastung!

Rund 70% des Steueraufkommens werden von rund 20% der Bevölkerung erbracht, während 2,6 Millionen Einkommensbezieher in Österreich gar keine Einkommenssteuer zahlen. Hier ist es äußerst wichtig, Leistungsanreize zu bieten. Selbst wenn der Mittelstand sehr breit definiert wird – mit einem Jahreseinkommen zwischen 25.000 bis 100.000 Euro – so handelt es sich hierbei um rund 38% der Arbeitnehmer und Pensionisten, die 75% des Lohnsteueraufkommens zahlen. 1,2% Arbeitnehmer haben ein Einkommen ab 100.000 Euro (Werte 2009), und diese 1,2 % zahlen ca. 16% des Aufkommens

Bezieher mittlerer Einkommen sind derzeit durch Progression in der Einkommenssteuer, verhältnismäßig geringe Transferleistungen und vermögensbezogene Steuern, wie die Wertpapier-KESt, Kapitalertragsteuer und andere Abgaben, mehrfach belastet, und es ist höchst an der Zeit, den Mittelstand zu entlasten.

Und ich möchte nicht verhehlen: Österreich ist ein Hochsteuerland

Bereits der Einstiegssteuersatz von 36% wird von der Wissenschaft als leistungshemmend bewertet.

Die Besserverdiener werden in Österreich so hoch besteuert wie fast nirgendwo sonst in Europa.

Während in Österreich die Steuerbelastung ab 60.000 Euro Jahreseinkommen bei rund 50% liegt, haben etwa Frankreich und Deutschland vergleichsweise niedrigere Spitzensteuersätze bei weit höheren Bemessungsgrundlagen bzw. Jahreseinkommen ab 250.000 Euro.

Nicht budgetwirksam für 2012, jedoch notwendig ist deshalb eine Steuerstrukturreform.

Zurück zum Budget:

Die Bruttosteuerereinnahmen werden mit rund 72,5 Milliarden Euro erwartet - das bedeutet eine Steigerung der erwartenden Steuereinnahmen um rund 3,5 Mrd € oder 5,1%.

Die größten Zunahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag 2011 erwarten wir aus den Bereichen Wirtschaft und Konsum: So etwa bei der Lohnsteuer ein Plus von 1,4 Mrd. €, bei der Körperschaftsteuer plus 1,0 Mrd. € und bei der Umsatzsteuer plus 0,5 Mrd. €. Die Einkommensteuer soll um 0,35 Mrd. € steigen.

Hauptsächlich geprägt ist das Steueraufkommen durch das Budgetbegleitgesetz 2011 mit der Einführung der Bankenabgabe (Stabilitätsabgabe), dem umfangreichen Betrugsbekämpfungssystem, der Ökologisierung des Steuer- und Abgabensystems und der Anhebung der Tabaksteuer.

Die Ertragsanteile an Länder und Gemeinden steigen um rund eine Milliarde Euro von rund 21,2 Mrd. € (BVA 2011) auf 22,1 Mrd. € (BVA-E 2012). Für die Beihilfen gemäß Gesundheits- und Sozialbereichs-Beihilfengesetz sind Überweisungen in Höhe von rund 2,1 Mrd. € präliminiert. Für die Beiträge an den EU-Haushalt wird derzeit von einem Beitrag in Höhe von 2,5 Mrd. € ausgegangen.

Damit bleiben dem Bund an öffentlichen Abgabeneinnahmen - sprich netto - rund 43,7 Mrd. €, dies bedeutet ein Mehr von rund 2,3 Mrd. € gegenüber dem BVA 2011.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Hohes Haus!

Ich habe ein klares Bild davon, wie Österreich sein soll.

Ich stelle mir ein Land vor

- mit sozialem Frieden
- mit hohem Lebensstandard
- ein Land der Freiheit, in dem die Menschen selbst Regie in ihrem Leben führen können.

Daher gestalte ich den finanziellen Rahmen in diesem Sinne und baue meine Politik auf 3 tragende Säulen:

Wir müssen Defizite kontinuierlich verringern, damit die Schulden nicht aus dem Ruder laufen und wir unseren sozialen Frieden bewahren.

Mit einem stabilen Budget erhöhen wir unseren Lebensstandard ein Stück weiter.

Wir brauchen ein Steuersystem, damit jeder Mensch selbst Regie in seinem Leben führen kann.

Ich baue meine Politik auf diesen drei tragenden Säulen, weil sie Stabilität schaffen *und Österreich fit für die Zukunft machen.*

DANKE!



- gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens,
Druckerei des Bundesministeriums für Finanzen, UW-Nr. 836